

Zigeuner

her vor allem für die Organisation gesorgt hatte, mußte jetzt kräftig mit anpacken. Manchmal verfuhr er 16 Stunden lang hintereinander die Sportbahn, bald plagten ihn starke Rückenschmerzen.

Als im Juli 1987 Bauleiter Dietmar Böer, 31, nach Norwegen auf Visite kam, machte Düzgün Putz. „Ultimativ“, so die Strafanzeige der Firma, habe er die rückwirkende Erhöhung der Auslandszulage um 50 Prozent sowie die „sofortige Entsendung eines 5. Mannes“ gefordert. Das Übermaß an Wochenendarbeit habe ihm auch nicht gepaßt. Sie würden „keine Samstagsarbeit mehr“ leisten, soll der Vorarbeiter laut Strafanzeige erklärt haben, „es sei denn, sie hätten Lust“.

Die Türken legten die Arbeit nieder, aufgeregt wurde telefonisch mit Chef Neubauer verhandelt. Die Sache eilte, denn der Auftrag war Terminalsache – dem Unternehmen drohte eine Konventionstrafe.

Der ostwestfälische Kaufmann und Inhaber mehrerer Patente mochte sich dennoch nicht beugen. Die Kolonne reiste heim, Düzgün flog raus.

Vor dem Arbeitsgericht Paderborn wurde der Fall schon im August letzten Jahres verhandelt. Die Richter bestätigten die fristlose Kündigung Düzgüns als rechtens, strittige Geldforderungen der Parteien wurden aufgerechnet.

Nach Ansicht von Arbeitsrechtlern war die Wortwahl des Arbeitsrichters Rainer Mathias, 52, zumindest ungewöhnlich. Der Türke habe sich, urteilte Mathias, zum Wortführer aufgeschwungen, um „einen wilden Streik anzuzetteln“. Düzgün habe auch versucht, „eine Notsituation“ auszunutzen. Obendrein sei es „ein untragbarer Zustand“, eine Veränderung der vereinbarten Bezüge nicht durch Verhandlungen, sondern durch Arbeitsniederlegung erreichen zu wollen, der Vorarbeiter habe sich darüber hinaus vor Gericht „selbstherrlich“ aufgeführt.

Die Staatsanwälte, die der Firmenchef bemüht hatte, wollten dagegen zunächst nicht so recht an die Sache rangehen. Doch die Juristen der Firma, in der Provinzstadt einflußreich, drängten heftig: Düzgüns Forderungen seien „äußerst verwerflich“ gewesen, sein „unerträgliches Verhalten“ verdiene „in erhöhtem Grade eine sittliche Mißbilligung“.

Die Staatsanwaltschaft gab nach: Sie wollte das Verfahren zwar einstellen, aber nur gegen eine Geldbuße von 800 Mark. Doch als Düzgün die Zahlung verweigerte, klagten die Ermittler wegen versuchter Erpressung an. Zwei Zeugen sind nun für den Termin am Dienstag geladen – Chef Neubauer und sein Bauleiter Böer.

Die drei Türken aus Düzgüns Kolonne sollen nicht gehört werden.

## Erben der Opfer

Dürfen 1500 Sinti und Roma, die aus Polen und Jugoslawien nach Hamburg eingereist sind, ausgewiesen werden – 50 Jahre nach der Verfolgung durch die Nazis?

Es gibt eine menschenverachtende Legalität“, empörte sich Pfarrer Helmut Frenz, ehemaliger Generalsekretär der Deutschen Sektion von „Amnesty International“, und „wo die Gesetze blind sind, da haben Sie – Herr Innensenator Hackmann – die Pflicht, Gerechtigkeit und Menschlichkeit durchzusetzen“.

Frenz, von 1970 bis 1975 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile, stand am Donnerstag letzter Woche, das Mikrofon in der Hand, auf einem Lieferwagen am Gerhart-Hauptmann-Platz, mitten in Hamburgs Innenstadt.

Unter den Zuhörern applaudierte ein halbes Hundert Roma und Sinti\*\*, Angehörige jener rund 1500 Mitglieder von Zigeunerfamilien, die in den letzten Monaten – meist aus Jugoslawien und Polen – in die Hansestadt eingereist sind,

\* Am 9. November.

\*\* Die Roma sind ein Volk, das vor 1000 Jahren von Arabern aus der Pandschab-Region Indiens vertrieben wurde; es zählt in Europa heute etwa noch sechs Millionen Angehörige. Als Sinti bezeichnet sich der Mehrheitsstamm jener Zigeuner, deren Vorfahren um das Jahr 1400 aus Indien über die Türkei und Griechenland in das deutschsprachige Mitteleuropa eingewandert sind.

um dem Elend in den Herkunftsländern zu entgehen.

Nur 150 von ihnen sollen, so will es der Senat, auf Dauer in Hamburg bleiben dürfen; allen anderen ist die Abschiebung angedroht worden.

Nach der Kundgebung zog der – laut Aufruf der Veranstalter – „antifaschistische, antirassistische Treck nach Neuen-gamme“ am Jahrestag der Reichspogromnacht auf das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers. Etwa 20 Roma verkündeten ihren Entschluß, in der Halle des früheren Klinkerwerks zu bleiben und dort den schon Ende Oktober begonnenen Hungerstreik fortzusetzen: „Wir haben dieses Gebäude bis auf weiteres besetzt. Das Hausrecht gehört den Opfern.“

Protestaktionen, Hungerstreik, eine bereits seit sechs Wochen andauernde Besetzung mehrerer Hamburger Kirchen und Gemeinderäume durch zahlreiche Zigeunerfamilien, die Entscheidung der evangelischen und katholischen Kirchenleitungen, die von der Abschiebung Bedrohten in Obhut zu nehmen – dies alles kennzeichnet die dramatische Zuspitzung eines seit Monaten schwelenden sozialpolitischen Konflikts vor dem historischen Hintergrund der Verfolgung und Ermordung Hunderttausender von Zigeunern durch die Nationalsozialisten.

Hamburgs sozialdemokratischer Innensenator Werner Hackmann, 42, verweigert den Antragstellern ein generelles Bleiberecht – mit der Begründung, sie seien in ihren Herkunftsländern Jugoslawien und Polen politisch nicht verfolgt worden. Asylanträge von Roma und Sinti werden auch von den Gerichten durchweg abgelehnt. Nur einem Zehntel der zur Zeit Betroffenen will Hackmann ei-



Hungerstreikende Roma in Neuen-gamme\*: „Das Hausrecht gehört uns“

ne soziale Integration anbieten. Gedacht ist an eine Art Patenschaftsmodell nach Kölner Vorbild, wo Bürger, Kirchen und Sozialbehörden gemeinsam Verantwortung für Roma-Familien übernommen haben. Ein Bleiberecht für alle, so der Senator, „können wir uns in Hamburg nicht leisten“.

Hackmanns erbittertster Gegenspieler in diesem Konflikt ist Rudko Kawczynski, 34, Vorsitzender der Hamburger Roma- und Sinti-Union. Er will den Senat auf eine historisch-moralische Verpflichtung der Westdeutschen gegenüber allen Zigeunern festnageln:

„Sie können doch nicht so tun, als ob es das Dritte Reich nicht gegeben hätte“, empört sich Kawczynski im SPIEGEL-Streitgespräch mit Hackmann (siehe Seite 82).

mann, einem Parteilinken aus der Umgebung des einstigen Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose, vor allem die RCU-Taktik, fast alle Demonstrationen und Protestaktionen durch Wort- oder Platzwahl mit der Erinnerung an das Naziverbrechen der Zigeunerverfolgung zu verknüpfen.

„1939 – 1989: vergast – verfolgt – vertrieben“ lautet beispielsweise der provokant-anklagende Titel einer RCU-Fotoausstellung, die derzeit in Hamburg gezeigt wird. Drei Fotografinnen haben die spektakulären Protestaktionen der Zigeuner gegen Abschiebemaßnahmen des Hamburger Senats im Bild festgehalten.

Breit dokumentiert ist da etwa das Schicksal der Roma-Familie Adzovic, der die Gerichte keinen Asylanspruch

burgs, die beim Senat vorsprechen wollten, wurden erst gar nicht ins Rathaus gelassen. In ihrer Petition verlangten sie von der Stadtregierung eine öffentliche Entschuldigung für den Polizeieinsatz im ehemaligen KZ; sie sahen darin „eine Verhöhnung der NS-Opfer“. Türkische Studenten traten aus Solidarität mit den Roma in Hungerstreik.

Auch in seiner eigenen Partei ist der Hamburger Innensenator unter Druck geraten. Die sozialdemokratische „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ verurteilt den Senatsbeschluß, weit mehr als 1000 Roma und Sinti aus der Hansestadt zu vertreiben: „Es ist nicht mit der sozialdemokratischen Tradition vereinbar, daß die Erben der Opfer des Nationalsozialismus heute noch immer vertrieben werden.“

Gert Börnsen, SPD-Fraktionsvorsitzender im Kieler Landtag, will den bedrängten Hamburger Roma demonstrativ Schutz gewähren: „Eine Ausweisung kommt nach meiner Auffassung nicht in Frage“, schrieb er seinem Innenminister Hans-Peter Bull, „das Land Schleswig-Holstein sollte als Maßstab für eine bundesweite Hilfsaktion ein Bleiberecht für Roma aus Hamburg aussprechen.“

Eine Lösung auf Bundesebene hat freilich auch Innensenator Hackmann seit langem im Sinn. Auf der Konferenz der Innenminister im badischen Bühl schlug er vorletzte Woche erneut vor, alle Bundesländer sollten dem Hamburger Beispiel folgen und wenigstens eine bestimmte Quote Zigeuner aufnehmen.

Die Resonanz war negativ. Hackmann: „Die Innenminister der CDU/CSU-geführten Länder waren überhaupt nicht dazu bereit, die Probleme gemeinsam mit Hamburg zu lösen.“ Letzte Woche kündigte Hamburgs sozialdemokratischer Bürgermeister Henning Voscherau einen neuen Vorstoß beim Kanzler und bei den Ministerpräsidenten an.

Kawczynskis Rom und Cinti Union will das von ihr geforderte Bleiberecht nun auch beim Europäischen Gerichtshof durchsetzen. Der Hamburger RCU-Anwalt Christian Schneider hat für 200 verfolgte Roma bereits Klage in Straßburg erhoben – wegen Verstoßes gegen die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen.

Der überraschendste Vorstoß zur Lösung des politisch und moralisch heiklen Zigeunerproblems kam letzte Woche aus der DDR. Die dortige Oppositionsgruppe „Neues Forum“ hält es für einen möglichen „ersten Schritt, daß Dresden, die Partnerstadt Hamburgs, sich bereit erklärt, ebenso viele Roma aufzunehmen, wie Hamburg es zugesichert hat, also 150“. ◀



**Roma-Familie Adzovic in Jugoslawien (1985): Selbstverbrennung angedroht**

Kawczynski, Mitglied der Hamburger Grün Alternativen Liste (GAL), hatte sich – obwohl als Staatenloser mit Fremdenpaß gar nicht wählbar – im Frühjahr von den Grünen demonstrativ als Spitzenkandidat für die Europawahl aufstellen lassen. Der einstige SPD-Mann läßt seither kaum eine Gelegenheit ungenutzt, die Hamburger Sozialdemokraten in die rechte Ecke zu rücken.

Die von ihm gegründete „Rom und Cinti Union“ (RCU) bezeichnete den Innensenator in einem offenen Brief als „Büttel einer deutsch-völkischen ‚Gelumpe raus‘-Ideologie“ und unterstellte den Hamburger Sozialdemokraten, sie wollten rechtsradikalen Wählern zeigen, „daß einzig und allein die ESPEDE die wahre Behakrenkreuzigerpartei ist“. Zu schaffen macht Hack-

zubilligen und deren Oberhaupt im Januar angedroht hatte, sich selbst und drei seiner Kinder zu verbrennen.

Um der Polizei „den Zugriff zu erschweren“, hatten Ende August schon einmal etwa 100 Roma auf Anraten Kawczynskis am Stadtrand das Gelände des früheren Konzentrationslagers Neuengamme besetzt, von wo aus viele Angehörige ihrer Familien einst in den Tod gegangen waren. Anfang Oktober ließ der Hamburger Senat – Begründung: Hausfriedensbruch – die Gedenkstätte mit Polizeigewalt räumen.

Der Polizeieinsatz auf dem KZ-Gelände wurde im In- und Ausland verurteilt. SPD-Ehrenvorsitzender Willy Brandt forderte von seinen Hamburger Genossen einen Bericht an über die „betrübliche Angelegenheit“. Drei Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Ham-